

Also jetzt doch

Modder: Niedersachsen führt verpflichtende Mund-Nasen-Bedeckung im ÖPNV und Einzelhandel ein

Mittwoch 22. April 2020 - **Hannover / Berlin (wbn).** **Es geschieht jetzt doch: Niedersachsen hat sich im engen Dialog mit den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz sowie dem Saarland darauf verständigt, ab dem 27. April 2020 eine verpflichtende Mund-Nasen-Bedeckung im ÖPNV und im Einzelhandel einzuführen.**

Eine einfache Mund-Nasen-Bedeckung durch eine Maske, einen Schal oder auch ein Tuch kann dazu beitragen, mögliche Infektionen zu verhindern“, erklärt die Vorsitzende der niedersächsischen SPD-Fraktion, Johanne Modder.

Fortsetzung von Seite 1 Gerade sogenannte FFP-Masken sollten weiterhin dem medizinischen Sektor vorbehalten sein, betont die SPD-Politikerin: „FFP2- und FFP3-Masken sind filtrierende Halbmasken, die dem medizinischen Standard entsprechen und für die medizinische Behandlung von Infizierten dringend benötigt werden.

Klar ist dabei auch, dass selbst diese Masken keine hundertprozentige Sicherheit gewährleisten und weiterhin eine Leckage zulassen können. Für den Alltagsgebrauch sind selbstgenähte Mundbedeckungen oder einfache OP-Masken völlig ausreichend. Sie können ein wichtiger Baustein sein, um weitere Infektionen zu reduzieren.“ Wie das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte bereits vor einem Monat mitteilte, könne auch ein einfacher Mundschutz einen Beitrag dazu leisten, das jeweilige Gegenüber vor der Übertragung infektiöser Tröpfchen zu schützen, so die Fraktionsvorsitzende der SPD. „Wir möchten an alle Bürgerinnen und Bürger appellieren, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus äußerst ernst zu nehmen!“

Modder betont zudem, dass sich das gesellschaftliche Erscheinungsbild verändern werde. In anderen Teilen der Welt, gerade in asiatischen Ländern, ist eine Schutzmaske schon seit Jahren Teil des Straßenbildes. „Es bleibt jedoch weiterhin unproblematisch, beispielsweise bei Spaziergängen auf eine Maske zu verzichten. Die niedersächsische Masken-Regelung bezieht sich ausschließlich auf das Einkaufen im Einzelhandel sowie die Nutzung des ÖPNV“, hebt die SPD-Politikerin hervor.

Geschrieben von: Lorenz

Mittwoch, den 22. April 2020 um 15:46 Uhr

„Ärgerlich bleibt, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten erst vor einer Woche im Dialog mit der Bundesregierung eine einstimmige Regelung beziehungsweise Empfehlung vorgesehen haben. Mit der Regelung Niedersachsens sowie der Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland wird der Flickenteppich geschlossen, der durch das Wettbieten der anderen Bundesländer entstanden ist. Für zukünftige Maßnahmen im Kontext der Corona-Pandemie wäre es hilfreich, wenn sich bindend an Beschlüsse gehalten wird und diese nicht in einem Überbietungswettbewerb über den Haufen geworfen werden“, betont Modder.